

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 10. Dezember 1965

Blatt 3360

## Die Budgetberatungen im Rathaus:

### Das Personal der Stadt Wien

=====

10. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen in Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Bock (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Wie immer eröffnet die Geschäftsgruppe I die Spezialdebatte. Auch wenn die numerische Stellung nicht gegeben wäre, erscheint es mir sinnvoll, die Debatte mit den Personalangelegenheiten zu beginnen. Mit der Beschlußfassung dieses Haushaltsplanes werden bekanntlich Entscheidungen getroffen, die weit über das nächste Jahr hinaus von richtungsweisender Bedeutung sind. In seinem Rahmen ist die Fertigstellung begonnener Vorhaben, die Weiterführung im Bau befindlicher und die Planung neuer Projekte aufgenommen worden. Einsatzfreudigkeit und Arbeitswille unserer 54.000 Gemeindebediensteten werden wie immer zur Verwirklichung dieser gestellten Aufgaben wesentlich beitragen. Daraus ergibt sich, wie ich wiederholt festgestellt habe, für uns die selbstverständliche Verpflichtung, Vorsorge zu treffen, daß auch unser Personal am sozialen Fortschritt teilnehmen kann und vom gesteigerten Volkseinkommen seinen gerechten Anteil erhält. Wien hat auf dem Gebiet des Dienst- und Besoldungsrechtes in den vergangenen Jahren im allgemeinen und in diesem Jahr im besonderen, beachtliche Fortschritte aufweisen können.

./.

Acht Prozent höherer Personalaufwand

Der Wiener Magistrat rechnet für das Jahr 1966 mit Personalausgaben von 2.679,38 Millionen Schilling. Der Personalaufwand übersteigt den des Vorjahresvoranschlages um 251,16 Millionen Schilling. Diese Mehrausgaben sind vor allem auf die 25. Novelle der Dienst- und Besoldungsordnung der Beamten der Stadt Wien, die eine Erhöhung der Gehaltsansätze und der Nebengebühren ab 1. Juni 1965 um sieben Prozent brachte sowie auf die besoldungsrechtlichen Verbesserungen für die Bediensteten der Verwendungsgruppen C und D, zurückzuführen. Der Anteil des Personalaufwandes wird von 29,4 auf 29,8 Prozent ansteigen. Werden die kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen aus dem Vergleich genommen, und man müßte es eigentlich tun, wenn man ein echtes Bild erhalten will, dann beträgt der Anteil des Personalaufwandes 32,7 Prozent, was ungefähr einem Drittel der effektiven Geldaufwendungen der Stadt Wien im Jahre 1966 entsprechen wird.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 1.606,02 Millionen Schilling, das sind um 112,39 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr. Der Mehraufwand hat im wesentlichen die gleichen Ursachen wie beim Magistrat. Die Personalausgaben steigen somit gegenüber dem Vorjahr beim Magistrat und den Wiener Stadtwerken insgesamt um rund acht Prozent.

Zur Frage einer Gehaltsforderung der Bediensteten für das Jahr 1966 möchte ich feststellen: obwohl jede Gehaltserhöhung für eine Finanzsituation der Stadt Wien eine Belastung bedeutet, hat die Wiener Gemeindeverwaltung, sooft die öffentlichen Bediensteten mit der Regierung ein Übereinkommen abgeschlossen haben, sich dieser Verpflichtung noch nie entzogen. Wir haben immer Wege gefunden - damit ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden können - ohne dabei eine Budgetkrise herbeizuführen - die Rücklagenpolitik der Stadt Wien ist ein sicherer Garant für unsere Gemeindebediensteten.

Der Dienstpostenplan für das Jahr 1966 sieht beim Magistrat eine Vermehrung um 49 Dienstposten vor. Es ist daher mit einem Personalstand von insgesamt 34.738 Aktivbediensteten zu rechnen.

Davon entfallen auf Vollbeschäftigte 32.692, auf Teilbeschäftigte 1.265 und auf Saisonkräfte 781. Der Mehrbedarf begründet sich zufolge Schaffung sozialer Einrichtungen, vor allem von Kindertagesheimen und der damit verbundenen Eröffnung neuer Kindergruppen.

Hinsichtlich der geringfügigen Personalvermehrung können Sie entnehmen, daß unsere Verwaltung sparsam und wirtschaftlich geführt wird; dabei ist zu berücksichtigen, daß die ständig wachsenden Aufgaben, in der Praxis vom fast gleichbleibenden Personalstand bewältigt werden.

Bei den Wiener Stadtwerken beträgt der Personalstand für das Jahr 1966 18.924, das sind um 501 Bedienstete weniger, als für 1964 vorgesehen waren.

Im kommenden Jahr wird der Stand der Pensionisten beim Magistrat voraussichtlich 17.150 erreichen, das sind um 64 weniger als 1965. Davon beträgt die Anzahl der versorgten Witwen 5.900, das sind 34 Prozent.

Die Wiener Stadtwerke rechnen 1966 mit 18.670 Pensionisten, somit um 205 weniger als im abgelaufenen Jahr. Die Anzahl der versorgten Witwen bei den Wiener Stadtwerken beträgt zirka 8.900 beziehungsweise 48 Prozent.

#### Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch eine wachsende Knappheit an Arbeitskräften. Einer Vorausschätzung des Arbeitskräftepotentials in Österreich bis 1980 nach, würde die Zahl der heimischen Arbeitskräfte ohne ausländische Gastarbeiter in den kommenden fünf Jahren bis 1970 um 159.000 oder 4,8 Prozent sinken. Nach 1970 würde die Zahl der Berufstätigen wieder zunehmen und wäre im Jahre 1980 wieder fast so hoch wie 1961. Dabei wird die Zahl der berufstätigen Männer weniger abnehmen und später stärker zunehmen als die der Frauen; das Arbeitskräftepotential wird sich also, ebenso wie die Bevölkerung, etwas 'vermännlichen'. Und ebenso wird es sich auch etwas 'verjüngen'; vor allem wird die Zahl der Berufstätigen von 20 bis unter 50 Jahre zunehmen. Da die Bevölkerung bis 1980 ziemlich gleichmäßig

zunehmen, die Zahl der Berufstätigen aber zunächst abnehmen wird, sinkt der Anteil der Gesamtzahl aller Berufstätigen an der Gesamtzahl der Bevölkerung - die allgemeine Erwerbsquote - zunächst und stabilisiert sich dann. Die Erwerbsquote betrug 1961 noch 47,6 Prozent. Sie wird voraussichtlich bis 1970 auf 43 Prozent sinken und würde dann ungefähr auf diesem Niveau verharren. Wenn ich den eben genannten Zahlen gegenüberstelle, daß im Jahre 1937 die Arbeitslosenrate bei 1,337.000 Beschäftigten 32 Prozent betragen hat, sie sich im vergangenen Jahr bei 2,364.000 Arbeitnehmern auf durchschnittlich 3 Prozent gestellt hat, so gibt es für uns trotz aller Erschwernisse nur eine Verpflichtung; die Vollbeschäftigung zu sichern!

Welche Schlußfolgerung soll man aber aus der Arbeitskräfteprognose ziehen? Wie können wir uns im Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft behaupten? Wir haben meiner Meinung nach mindestens vier Probleme unser Augenmerk zuzuwenden:

Rationalisieren und automatisieren, wo es nur möglich ist.  
Aufwertung des öffentlichen Dienstes.

Den Nachwuchs sichern -, sich der Personalwerbung unter Zuhilfenahme neuzeitlicher Werbemethoden zu bedienen und einen Ausgleich, im angemessenen Ausmaß, durch die Verwendung von ausländischen Arbeitskräften zu schaffen, soferne keine Arbeitskräfte im Inland mehr greifbar sind.

Zum Thema Rationalisierung habe ich schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sie unsere vordringlichste Aufgabe sein muß. Wir gehen diesen Weg zielbewußt in allen Zweigen unserer Verwaltung. Ich verweise auf die Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten, die wir vor kurzen gewählt haben. Es wird Aufgabe dieser Kommission sein, in verstärktem Ausmaß alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine Vereinfachung, bessere Organisationsformen und Rationalisierung im Betrieb und in der Verwaltung der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten mit sich bringen könnten. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Rationalisierungskommission der Verkehrsbetriebe schon viel Erfolg gebracht hat und wertvolle Arbeit leistet.

Aufwertung des öffentlichen Dienstes

Meiner Ansicht nach müßte man auch verstärkt darangehen, die Aufwertung des öffentlichen Dienstes ins Auge zu fassen. Zweifellos keine Aufgabe, die sich von heute auf morgen erreichen läßt. Ich meine dabei nicht nur die selbstverständliche Hebung der materiellen Basis und der sozialen Geltung des öffentlichen Dienstes. Ich denke an die Pflege der mitmenschlichen Beziehungen, die oberster Grundsatz einer jeden demokratischen Verwaltung sein sollten, sowohl der inneren als auch der äußeren. Bezüglich der äußeren, gemeint sind Parteien und Kunden, ist die vom Gemeinderatsausschuß I eingesetzte Kommission zur Überprüfung der bei der Stadt Wien verwendeten amtlichen Formulare, kurz Formularkommission genannt, in Tätigkeit. Obwohl die Kommission infolge eines enormen Arbeitsanfalles nur langsam vorankommt, kann ich berichten, daß die Begutachtung der Formulare der Geschäftsgruppe I, die vor allem Personalangelegenheiten betreffen, sowie die Formulare der Wiener Stadtwerke, die insbesondere dem Kundendienst dienen, nahezu abgeschlossen ist. Die sorgsame Pflege der menschlichen Beziehungen ist Sache einer gesunden Personalpolitik. Mit der Schaffung würdiger Arbeitsbedingungen, die zu unseren Bemühungen gehören, ist es aber allein nicht getan. Eine Personalpolitik, wie wir sie uns vorstellen, bringt den richtigen Mann an den richtigen Platz, bereitet ihn für seine Arbeit richtig vor und schafft alle Voraussetzungen, die die Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitern erleichtern. Personalpolitik, so verstanden, bewirkt, daß der Mitarbeiter sich selbst als Mensch unter Menschen erlebt.

Wir haben aber auch in einer anderen Richtung einen Anstoß gesetzt. Die Einladung an unsere Schwestern, gemeinsam mit der Modeschule der Stadt Wien am Entwurf einer neuen Tracht mitzuwirken, hat Anklang gefunden. Ich hoffe, daß die neu entworfenen Modelle den ungeteilten Beifall unserer Schwesternschaft finden werden. Selbstverständlich ist es nur ein Teilproblem, aber kein unwesentliches.

Hinsichtlich des Nachwuchsproblems haben wir unter anderem in Fortsetzung der im Vorjahr begonnenen Einstellung von Kanzleilehrlingen heuer bereits 350 Kanzleilehrlinge und 20 Lehrlinge des technischen Dienstes aufgenommen. Mit der Einstellung dieser Jugendlichen sind der Stadt Wien aber auch Aufgaben ungeahnten Ausmaßes erwachsen. Gilt es doch, diese jungen Menschen, die in einigen Jahrzehnten zu den tragenden Säulen unserer Stadt und unseres Staates zählen werden, in jeder Hinsicht vorbildlich zu betreuen. Aus diesem Grunde wurde hierfür ein eigenes Büro errichtet, in dem erfahrene Pädagogen und Jugenderzieher mit der Durchführung eines großzügig und vielseitig ausgearbeiteten Jugendbetreuungsplanes, der der Entwicklung der Mentalität der Jugend und den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht wird, tätig sind.

#### Mobilisierung der Arbeitskraftreserven

Man müßte versuchen, die Mobilisierung noch vorhandener heimischer Arbeitskraftreserven im Wege einer intensiven Personalwerbung zu erreichen. Obwohl die Gemeinde Wien nach dem Bund der größte Arbeitgeber Österreichs ist, fällt diese Tatsache in den Augen der Bevölkerung bei der Wahl des Arbeitsplatzes nicht entsprechend ins Gewicht. Sei es, weil dies zu wenig bekannt ist, sei es, weil andere hemmende Faktoren im Spiele stehen. In unserer Wohlstandsgesellschaft wird die Wahl des Arbeitsplatzes hauptsächlich von zwei Faktoren bestimmt: vom Wunsch nach möglichst hohem Verdienst und vom Streben nach einem bestimmten Sozialprestige. Die Aufgabe einer Werbekampagne muß deshalb sein, alle hemmenden Faktoren durch überzeugende Argumentation zu überwinden und die Vorteile, die eine Anstellung bei der Gemeinde Wien mit sich bringt, in den Vordergrund zu stellen. In dieser Richtung wurde bereits ein erster Werbeanstoß gesetzt, und es gilt nun, die gefundene Linie konsequent weiterzuverfolgen. In der bisherigen Werbung wurde von den klassischen Medien die Anzeige herangezogen, die von Sonderaktionen unterstützt wurde, wie zum Beispiel: Einsatz eines Straßenbahnwerbewagens beziehungsweise eines Werbeautobusses. In unserer diesjährigen Werbung haben wir selbstverständlich wieder die 'Anzeige'

in den Mittelpunkt unserer Aktionen gestellt. Es ist bemerkenswert, daß die Presse einen kräftigen Zuwachs im Inseratenvolumen zu verzeichnen hat. Nicht weniger als 43 Prozent stiegen die Aufwendungen der österreichischen Wirtschaft für Anzeigenwerbung im September und Oktober 1965 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Parallel zur Anzeigenwerbung ist eine entsprechende Rundfunkwerbung geplant, die erfahrungsgemäß eine wirksame Unterstützung der Inseratenwerbung darstellt. Da es bei der werblichen Aussage in erster Linie darum gehen muß, die Tätigkeit der städtischen Bediensteten in den Augen der Öffentlichkeit attraktiv erscheinen zu lassen, müßte in erster Linie das Argument der Sicherheit, das durch die heutige Vollbeschäftigung in den Hintergrund gerückt ist, das aber auf lange Sicht gesehen einen sehr positiven Faktor darstellt und immer noch einen echten Vorteil gegenüber Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft bietet, erwähnt werden. Wir glauben, daß die In-Aussicht-Stellung einer gesicherten Zukunft auch heute noch bei der breiten Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fällt. Ein weiteres Argument für die Anzeigenwerbung ist die Widerlegung der Vorurteile, die bezüglich der Dotierung durch die Gemeinde Wien bestehen. Es müßten daher konkrete Fälle angeführt werden, die zeigen, daß die finanzielle Seite nicht so negativ ist, wie allgemein befürchtet wird.

Zum Problem der Einstellung von teilbeschäftigten Bediensteten möchte ich feststellen, daß dieses Vorhaben von wechselndem Erfolg begleitet war. Im allgemeinen wird es bei verschiedenen Dienstzweigen als zweckmäßig angesehen, teilbeschäftigte Bedienstete zu verwenden. Dies trifft insbesondere für Frauenberufe zu und wird auch von vielen Frauen als notwendige und beste Lösung des Problems der Doppelbelastung der Mutter angesehen. Die Praxis zeigt, daß sich der Einsatz von teilbeschäftigten Bediensteten vor allem auf dem Sektor des Haus-, Küchen- und des Krankenpflegepersonals, hier sind die Abteilungshelferinnen gemeint, bewährt hat. Aber auch im Kanzleidienst wurden ebenfalls gute Erfolge erzielt und die anfänglich angestellten Befürchtungen, daß viele Vollbeschäftigte zur Halbtagsbeschäftigung drängen und dadurch ein noch

größerer Personalmangel eintreten würde, haben sich nicht erfüllt. Die Werbung von teilbeschäftigten diplomierten Krankenschwestern hingegen brachte leider ein negatives Ergebnis.

#### Gastarbeiter

Sollte der Versuch, noch vorhandene heimische Arbeitskräfte zu mobilisieren, kein Ergebnis zeitigen, müßte schließlich die organisierte Hereinnahme von ausländischen Gastarbeitern in Erwägung gezogen werden. Wenn wir darangehen, ausländische Gastarbeiter bei der Stadt Wien zu beschäftigen, müßten wir uns dessen bewußt sein, daß die 'Einfuhr' nur eine vorübergehende Lösung darstellen kann. Wenn wir keine Armee von Arbeitslosen in Österreich wünschen, dann sollten wir sie auch in keinem anderen Land für wünschenswert oder für das unentzerrbare Schicksal der dort Lebenden halten. Kommen doch diese Arbeitskräfte vorwiegend aus Ländern mit struktureller Arbeitslosigkeit. Sie verlassen nicht ihr Land, wie einst die Österreicher, weil ihre Fabriken stillliegen, sondern weil sie überhaupt keine Fabriken haben. Das besagt aber auch, daß die Armut dieser Länder außerordentlich groß ist und der überwiegende Teil der Gastarbeiter Hilfsarbeiter sind. Viele von ihnen kommen auch nicht für schwere körperliche Arbeiten in Frage.

In Wien wurden im Vorjahr insgesamt 16.000 Gastarbeiter beschäftigt. Die größte Gruppe bildeten die Jugoslawen, dann folgen Türken und Griechen und, im Abstand, Italiener, Spanier und andere Nationen. Die Gastarbeiter bleiben in der Regel länger als ein Jahr. Manche gehen von Österreich weiter nach Deutschland, in die Schweiz oder nach Übersee. Die Stadt Wien beschäftigt derzeit zirka 90 Ausländer. Die Verwendung von ausländischen Gastarbeitern wirft viele Fragen auf. Vorerst sind die ausländischen Arbeiter einer starken Fluktuation unterworfen. Sie neigen dazu, da ihr Arbeitseifer relativ groß ist, die gesetzliche Arbeitszeit zu überschreiten, das heißt, sie wollen mit möglichst viel Geld zu ihrer Familie zurückkehren und dafür wird ihnen die 45-Stunden-Woche zu kurz.

In weiterer Folge wäre auch in Betracht zu ziehen, da sie hier weder Heim noch Familie haben, daß für sie die Freizeit weniger begehrenswert als für ihre österreichischen Arbeitskollegen ist. Auch ihre Unterbringung schafft manche Probleme.

Die Arbeitgeber müssen neben dem nicht unbeträchtlichen Anwerbepauschale zusätzlich Leistungen gewähren, die dem inländischen Arbeitnehmer nicht zufallen und für diesen ein Gefälle im Vergleich zum Gastarbeiter ergeben. Ein anderes Problem ist, daß es zu viel Verachtung für gewisse Arbeiten gibt. Der eine verachtet die Hausarbeit, der andere die Straßenreinigung und ein dritter die Landarbeit. Diese Mißachtung, die wir gar nicht energisch genug bekämpfen können, wird auf diejenigen übertragen, die solche Arbeiten verrichten. Die Vollbeschäftigung zwingt nun dazu, diese wenig gesuchten Berufe durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anziehender zu machen und durch verschiedene Mittel ihr Ansehen zu erhöhen.

#### Unfallfürsorge für Beamte

Im Laufe des Jahres 1965 zeichnet sich auch immer mehr die Tendenz ab, schon vor langer Zeit gehegte Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu erfüllen. Es wurden unter anderem intensive Verhandlungen über die Einführung einer besonderen Unfallfürsorge für die Beamten geführt und es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen im Jahr 1966 abgeschlossen werden können. Für den Bundesbereich konnte auch ein neues, verbessertes Pensionsgesetz verabschiedet werden, das mit 1. Jänner 1966 in Krafttritt. Es liegt auch bereits ein Magistratsentwurf vor, die pensionsrechtlichen Bestimmungen der Dienst- und Besoldungsordnung, wieweit sie nun hinter den neuen bundesrechtlichen Bestimmungen liegen, an diese anzugleichen. Ich hoffe, eine entsprechende Gesetzesvorlage in einer der nächsten Landtagssitzungen einbringen zu können.

Abschließend dankte der Referent allen Bediensteten der Gemeinde Wien, daß sie ihre Kraft eingesetzt haben, um die Erfordernisse ihres Dienstes zu erfüllen und der Wiener Bevölkerung zu dienen und ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des Voranschlages der Geschäftsgruppe I zuzustimmen."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes):

240 Kinderträume werden Wirklichkeit  
=====

10. Dezember (RK) Heute morgen besichtigten Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Maria Jacobi in den Räumen des Städtischen Jugendamtes eine liebevoll arrangierte Spielzeug-Ausstellung. Mit diesen Kinderherrlichkeiten hat es eine besondere Bewandtnis: alljährlich um die Weihnachtszeit werden 360 Wiener Kinder, von denen man weiß, daß sie in ihrer Familie keine rechte Festesfreude finden, zu einem Weihnachtsturnus in städtische Kindererholungsheime eingeladen. Von Mitte Dezember bis zum Ende der Weihnachtsferien werden sie in den Heimen Tribuswinkel, Lehenhof und Sulzbach Ischl umsorgt. 240 dieser Kleinen, die von zu Hause keine Weihnachtsgeschenke zu erwarten haben, werden überdies vom Jugendamt beschenkt.

Bürgermeister Marek fand anerkennende Worte für die Mitarbeiter des Jugendamtes und bezeichnete als das eigentlich Bemerkenswerte an dieser Aktion die Art ihrer Durchführung: schon im Herbst bemühen sich die Fürsorgerinnen, die geheimen Wünsche der für den Weihnachtsturnus ausgewählten Kinder zu ermitteln. Da kommen oft die rührendsten Träume zutage: Ein kleiner Bub aus sehr traurigen Familienverhältnissen wünschte sich zum Beispiel nichts anderes, als einen Christbaum für sich ganz allein. Selbst dann, wenn die Wünsche über den gesteckten finanziellen Rahmen hinausgehen, setzen die Mitarbeiter des Jugendamtes ihren Ehrgeiz darein, sie wenn irgend möglich zu erfüllen. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist nun diese Schau im Jugendamt, die für sich allein schon eine Augenweide ist und ahnen läßt, welche Freuden die beteiligten Kinder am Weihnachtsabend erwarten. Das Jugendamt der Stadt Wien hat für diese Aktion einen Betrag von rund 35.000 Schilling aufgewendet.

Die Spielzeugschau ist täglich von 8 bis 16 Uhr für jedermann frei zugänglich. Die Adresse lautet: 1, Schottenring 24, 4. Stock. Hinweistafeln "Zur Weihnachtsausstellung" sind angebracht.

Gesellschaft der Freunde der Biologischen Station Wilhelminenberg  
 =====

10. Dezember (RK) Die Gesellschaft der Freunde der Biologischen Station Wilhelminenberg veranstaltet Montag, den 13. Dezember, um 18.30 Uhr, im Auditorium maximum der Wiener Universität einen Vortragsabend. Nach einleitenden Worten von Univ.-Prof. Dr. Fritz Knoll spricht Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Kühnelt über "Die Stellung der Vergleichenden Verhaltensforschung innerhalb der Biologie". Anschließend zeigt Otto Koenig neue Forschungsfilme aus der Biologischen Station Wilhelminenberg. Der Eintritt ist frei.

Am Freitag, dem 17. Dezember, um 18.30 Uhr, findet im Hörsaal des Instituts für Völkerkunde, 1, Universitätsstraße 7, die ordentliche Generalversammlung 1965 dieser Gesellschaft statt.

Rendezvous mit Tieren

Im Wollzeilen-Verlag ist das Buch "Rendezvous mit Tieren" von Otto Koenig erschienen. Es umfaßt 264 Seiten, davon 32 Bildseiten mit 54 Abbildungen. In Ganzleinen-Ausführung kostet es 160 Schilling.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
 =====

11. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, den 14. Dezember:

16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2/117,  
 18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

Mittwoch, den 15. Dezember:

17.30 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4.

Donnerstag, den 16. Dezember:

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3/1.

Freitag, den 17. Dezember:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259/1.

- - -

## Ladenschlußzeiten zu Weihnachten und Silvester

=====

10. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Verordnung des Landeshauptmannes über den Ladenschluß. Mit dieser neuen Verordnung werden unter anderem die Geschäftszeiten am Weihnachtsabend und zu Silvester neu geregelt. Lebensmittelgeschäfte haben am Weihnachtsabend bis 14.30 Uhr geöffnet, Süßwarengeschäfte und Blumenhandlungen bis 17 Uhr. Zu Silvester schließen die Lebensmittelgeschäfte um 17 Uhr, Süßwarengeschäfte und Blumenläden sowie Verkaufsstellen für Silvesterartikeln um 20 Uhr.

Im neuen Landesgesetzblatt ist auch eine Abänderung des Anzeigenabgabegesetzes enthalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Die Debatte über Personalangelegenheiten

Als erste Debattenrednerin zur Geschäftsgruppe I spricht GR. Eleonora Hiltl (ÖVP). Sie beschäftigt sich mit dem Problem des Krankenschwesternmangels in den Wiener Spitälern und stellt fest, daß hier rund 500 Schwestern fehlen, und zwar bei insgesamt 6.264 Krankenschwesterposten, von denen nur 5.898 besetzt sind und 130 Schwestern ständig durch Karenzurlaub oder Krankheit entfallen. Durch den Personalmangel müssen die Schwestern Überstunden machen, und die diplomierten Krankenschwestern müssen oft zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen und von Hilfspersonal verrichtet werden sollten.

Zum Nachwuchsproblem: Es zeigt sich nicht nur in Wien, sondern überall in Europa, daß in der Jugend Interesse für den Krankenpflegeberuf absolut vorhanden ist. Man müsste jedoch eine neue Bewertung dieses Berufes durchsetzen. Durch den Fortschritt der Medizin und die höhere Lebenserwartung haben sich die Arbeitsmethoden in den Spitälern wesentlich geändert, die Krankenschwestern haben eine ganz andere Position als früher. Sie sind heute die Helferinnen des Arztes, die mehr Verantwortung tragen und mehr Aufgaben erfüllen, müssen als vor Jahrzehnten. Deshalb müsste auch ihr soziales Prestige gehoben werden.

Dazu kommt, daß man die Krankenschwestern auch auf finanziellem Gebiet neu einstufen müsste.. So wie es heute gemacht wird, erscheint es zumindest merkwürdig. Der Grundgehalt der Schwestern ist verhältnismäßig gering, die Zulagen machen jedoch fast 30 Prozent des Gehaltes aus. Der größte Teil dieser Zulagen aber wird nicht in die Pension eingerechnet. Es ist untragbar, daß zum Beispiel eine Stationschwester weniger verdient, als eine Hilfsschwester im sogenannten "Radldienst", weil die Stationschwester keine Zulagen bekommt.

In diesem Zusammenhang legt GR. Eleonora Hiltl einen Antrag über die Schaffung eines eigenen Gehaltsschemas für das Krankenpflegepersonal vor.

Darin heißt es: Unter Berücksichtigung auf die besondere Berufsausbildung und den verantwortungsvollen Dienst möge für das Krankenpflegepersonal und verwandter Berufe ein eigenes Gehaltsschema geschaffen werden, das eine dienst- und besoldungsrechtliche Besserstellung dieser Berufsgruppen gewährleistet. Unter anderem sollten dabei alle bisherigen starren Zulagen in den Grundgehalt eingebaut und die Beförderungsrichtlinien für Stationschwestern, Oberschwwestern und Oberinnen verbessert werden. Bei Übernahme in das neue Gehaltsschema müßten die Schulzeit und die Dienstjahre voll angerechnet werden.

Im weiteren stellt die Debattenrednerin fest, daß der Rechtsschutz für Krankenschwestern nicht im Krankenpflegegesetz verankert ist. Deshalb müßte dieses Gesetz dahingehend novelliert werden. Ein weiteres Problem bildet die berufliche Fortbildung der schon im Dienst stehenden Krankenschwestern. Viele Schwestern, die sich in Fortbildungskursen weiterbilden wollen, werden nämlich für den Besuch solcher Kurse entweder gar nicht oder nur sehr ungern freigestellt.

Auch hier müßte ein Wandel geschaffen werden. Zum Problem der Ausbildung von Krankenschwestern legt Gemeinderat Hiltl gleichfalls einen Antrag vor, in dem Maßnahmen zur Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses für die Sozial- und Pflegeberufe verlangt werden. In dem Antrag heißt es, der Gemeinderat möge den Wiener Stadtschulrat ersuchen, beim Unterrichtsministerium eine Sonderform der Oberstufe des wirtschaftskundlichen Realgymnasiums für Mädchen zu beantragen, wobei im Lehrplan in besonderer Weise auf die künftige Tätigkeit in den Sozial-, Heil- und Pflegeberufen Bedacht genommen werden soll. Wie die Debattenrednerin dazu ausführt, soll dies der Vorschlag zu einem Versuch sein, die Jugend in höherem Maß als bisher auf den Krankenpflegeberuf aufmerksam zu machen und sie zum Besuch der beliebtesten und in ganz Europa anerkannten Wiener Schwesternschulen anzuspornen.

GR. Müller (SPÖ) berichtet als Vorsitzender der Formularkommission über die Bemühungen, den schriftlichen Verkehr der verschiedenen Dienststellen des Magistrats und der Stadtwerke mit der Bevölkerung und den städtischen Bediensteten zu vereinfachen und wo es notwendig ist, höflicher zu gestalten.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß durch die große Zahl der Drucksorten - bei den Stadtwerken gibt es fast 4.500 und bei der Hoheitsverwaltung mehr als 5.000 - der Abschluß dieser Arbeit noch nicht abzusehen ist. Im allgemeinen Schriftverkehr wird jedoch nach Empfehlung der Kommission und einem Erlaß des Magistratsdirektors bereits eine Anrede und eine Schlußformel geschrieben. Die Überprüfung der Drucksorten der Stadtwerke und der Geschäftsgruppen ist fast abgeschlossen. Die Kommission hat die Änderungen immer im Einvernehmen mit den zuständigen Abteilungen durchgeführt. Aus Sparsamkeitsgründen sollen jedoch die meisten der noch vorhandenen Formulare aufgebraucht werden, ehe man eine Neuauflage herausgibt. Der Redner gibt die Anregung, auch bei der Textierung von Gesetzentwürfen darauf zu achten, daß sie allgemein verständlich sind.

Der immer größer werdende Aufgabenbereich der Stadtverwaltung hat zur Folge, daß immer mehr Drucksorten verwendet werden müssen. Versuchen wir, diese Drucksorten, die den menschlichen Kontakt oftmals ersetzen müssen, höflich und freundlich zu gestalten.

GR. Maller (KLS) verweist auf die Schlüsselstellung, die die Geschäftsgruppe I in der Stadtverwaltung hat. Diese Gruppe steht vor der schwierigen Aufgabe, alle Dienststellen der Stadt Wien mit ausreichendem und gutem Personal zu versorgen. Leider ist es derzeit so, daß gerade auf jenen Arbeitsgebieten, auf denen Personalmangel herrscht, unser Personalstand überaltert ist und jede Pensionierung eine Lücke reißt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist heute ungeheuer angespannt. So standen nach der vom Stadtrat vorgelegten Statistik im Jahr 1964 15.531 offenen Stellen nur 13.089 Arbeitssuchende gegenüber, von denen viele aber wegen Krankheit oder Alter kaum mehr in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Wenn die Gemeinde Wien also ihr Personaldefizit decken will - und das steht außer Zweifel - muß sie in Konkurrenz zur gesamten Privatwirtschaft treten.

./.

Dazu ist es jedoch notwendig, Voraussetzungen zu schaffen, die den Dienst bei der Gemeinde Wien wieder anziehend machen. Dazu gehören anständige Gehälter, richtige Bewertung durch richtige Einstufung, soziale Betreuung, Schaffung von Kindergärten in größeren Betrieben und Spitälern, ein menschliches und ordentliches Betriebsklima, um nur einiges zu nennen.

Stadtrat Bock war sicherlich in seiner bisherigen Tätigkeit bemüht, bei der Personalgewinnung neue Wege zu gehen, wie zum Beispiel durch Heranziehung von Pensionisten für die Straßenreinigung, Einstellung von kaufmännischen Lehrlingen und ähnliches. Viele kostspielige Werbemethoden haben jedoch leider keine Erleichterung gebracht. Groß ist auch die Zahl der Dienstesentsagungen. Leider handelt es sich hier in der Mehrzahl um qualifizierte Arbeitskräfte. Die Einstellung von indonesischen Krankenschwestern könne man nur als Entwicklungshilfe werten, denn auf dem Personalsektor wird dadurch kaum eine Erleichterung erzielt, da die Mädchen erst die Sprache lernen und geschult werden müssen. Zur Gewinnung von Krankenschwestern und Pflegern wird es notwendig sein, für diese Gruppe ein eigenes Gehaltsschema zu schaffen.

Der Gemeindeverwaltung ist es nur durch die außergewöhnliche Dienstleistung und Dienstauffassung vieler ihrer Bediensteten möglich, ihren Pflichten nachzukommen. Derartige Überbelastungen führen aber oft zu Erkrankungen und vermehrter Dienstunfähigkeit. Leider kommt es dann oft vor, daß durch ihre überdurchschnittliche Leistung erkrankte Bedienstete entpragmatisiert werden oder durch den Wegfall der verschiedenen Zulagen finanziellen Schaden erleiden. Die Gemeindebediensteten sind nach wie vor Stiefkinder der Konjunktur. Während in der Privatwirtschaft die Arbeiter und Angestellten einen - wenn auch ungenügenden - Anteil am gestiegenen Sozialprodukt erhalten, wurden die Gemeindebediensteten bis heute nicht berücksichtigt. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten und somit auch der Gemeindebediensteten sind gegenüber der Privatwirtschaft um mehr als 40 Prozent zurück. Dem öffentlichen Dienst wird immer wieder vorgehalten, er lebe von Steuergeldern und diene der Öffentlichkeit, daher könnten seine Bezüge nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten

angeglichen werden. Die Folge dieser Argumentation ist der vorhandene Personalmangel. Erfreulicherweise hat sich der Finanzreferent gestern von dieser Einstellung distanziert. Die Gehaltserhöhung vom Juni 1965 um 7 Prozent wurde durch die Preissteigerungen voll aufgesaugt. Durchschnittlich sind die Gehälter im öffentlichen Dienst um mehr als 20 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurück. Im Jahre 1966 sollte versucht werden, diesen Rückstand etappenweise aufzuholen.

Das neue Pensionsrecht für Bundesbedienstete, das am 1. Jänner 1966 in Kraft tritt, bringt eine Reihe von Verbesserungen. Auch die Gemeinde Wien wird in Anlehnung an dieses neue Gesetz ihr Pensionsrecht novellieren. Die besseren Bestimmungen, die wir im Pensionsrecht haben, müssen natürlich beibehalten werden. Bei einer Reihe von Frauenberufen wäre auch die Dienstzeit auf 30 Jahre herabzusetzen. Mit der Erreichung der vollen Dienstzeit muß auch die Möglichkeit verbunden sein, in den Ruhestand zu treten. Ebenso müßten die Zulagen in die Pension eingerechnet werden. Der Hilflosenzuschuß muß ein Rechtsanspruch werden und darf nicht von der Höhe des Pensionsbezuges abhängig sein.

Mit dem Wirksamwerden des neuen Pensionsrechtes sollte auch ein Unfallversicherungsgesetz in Kraft treten. In ein solches Gesetz müßten eine Reihe von Berufskrankheiten neu aufgenommen werden. Bei der Haushaltszulage ist eine kleine Verbesserung im Bezug auf die Anspruchsberechtigung eingetreten, da weibliche Bedienstete, die eine Kinderzulage beziehen, auch die Haushaltszulage erhalten. Wir sind dafür, daß die Haushaltszulage allen gegeben wird, die einen eigenen Haushalt führen.

In der Verwaltung wird weiterhin die Praxis geübt, Bedienstete, die niedriger eingestuft sind, zu qualifizierteren Arbeiten heranzuziehen. Für eine länger als ein Monat dauernde höhere Verwendung ist eine Ergänzungszulage zu gewähren. Hier wird aber sehr kleinlich vorgegangen.

Bei gleicher Verwendung finden wir auch vielfach eine ungleiche Bezahlung. So gibt es bei den Fürsorgerinnen bei der Durchführung der gleichen Aufgaben vier verschiedene Entlohnungsgruppen.

Bei den Verkehrsbetrieben steht nach wie vor die Aufwertung des Berufes im Vordergrund. Hier wäre es an der Zeit, das schikanöse Strafsystem zu beseitigen. Dieses wird auch bei Vertragsbediensteten angewendet, obwohl es gesetzlich nicht gedeckt ist.

Die KLS werden auch in diesem Jahr den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I nicht ihre Zustimmung geben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) führt aus, Sinn eines Voranschlages sei es, die Einnahmen und die Ausgaben realistisch abzuschätzen. Es hat keinen Sinn, Ausgaben, mit denen man rechnen muß, unter den Tisch fallen zu lassen.

Der Budgetentwurf 1966 zeigt im I. Hauptstück gegenüber 1965 ein leichtes Ansteigen der Personaltangente von 29,4 Prozent auf 29,8 Prozent, das auf die Gehaltserhöhung zurückzuführen ist. Bei einer stabilen Entwicklung der Wirtschaft könnte der Entwurf des I. Hauptstückes eine brauchbare Grundlage für die Arbeit im nächsten Jahr sein. Leider leben wir nicht in einer derartigen Periode unserer Wirtschaft, denn wir haben eine Preislawine erlebt, die im letzten Jahrzehnt ohne Beispiel ist. Die Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten wurde durch die Preissteigerungen total zunichte gemacht. Vom März bis September ist ein Kaufkraftschwund von 5,1 Prozent zu verzeichnen, wobei die Auswirkungen der Unwetterkatastrophen nicht berücksichtigt sind. Das ist mehr, als die Gehaltserhöhung ausgemacht hat. Die Bundesregierung ist nach dem Rücktritt noch weniger fähig als vorher, für eine Beruhigung auf der Preisfront zu sorgen. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder feststellen müssen, daß die Preisauftriebstendenzen hauptsächlich von der öffentlichen Hand ihren Ausgang genommen haben. Wenn die öffentlich Bediensteten nicht eine Senkung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als immer wieder in immer kürzeren Intervallen eine Abgeltung der Teuerung zu verlangen. Angesichts dieser Situation ist es nicht zu vertreten, wenn im Voranschlag für 1966 die Gehaltsregelung des nächsten Jahres vollkommen negiert wird. Man lügt sich damit doch immer wieder nur in die eigene Tasche. Die Regierungskrise allein ist kein plausibler Grund dafür, daß im Wiener Voranschlag keine Vorsorge getroffen wird.

Bei der heutigen Situation auf dem Arbeitsmarkt ist es nicht leicht, die Aufgaben des Personalressorts zu erfüllen und alle Dienststellen der Gemeindeverwaltung mit ausreichendem und qualifiziertem Personal zu versorgen. Die Hauptschwierigkeiten liegen bei der Stadt Wien im geltenden Besoldungsschema, das einem Vergleich mit den Gegebenheiten der Wirtschaft nicht standhält. Der Hauptunterschied liegt darin, daß man in der Privatwirtschaft nach vier oder fünf Jahren Einarbeit und Praxis einen Bezug erreichen kann, den man beim öffentlichen Dienst erst nach 15 oder 20 Jahren erwarten kann. Daher die Forderung nach einer zeitgemäßen Anpassung des Besoldungsschemas durch Vorziehen der höheren Steigerungsbeträge der höchsten Dienstjahre und Verflachung der Gehaltskurve in der letzten Phase der Dienstzeit.

Stadtrat Bock hat gesagt, daß die Stadt Wien der Motor des Dienst- und Besoldungsrechtes der öffentlichen Hand sei. Diesbezüglich hätte Wien aber noch zahlreiche Möglichkeiten, initiativ zu werden. Man müsse sich von der Vorstellung befreien, daß die Pragmatisierung und der Pensionsanspruch heute noch eine besondere Attraktion darstellen. Für viele liegt darin kein sichtbarer Vorteil gegenüber den Ruhegehältern aus dem ASVG, das teilweise sogar günstigere Bestimmungen enthält, als das Pensionsrecht der öffentlich Bediensteten.

Als imponierend bezeichnete der Redner, daß die Zahl der Dienstposten trotz erhöhter Anforderungen seit Jahren fast gleichgeblieben ist. Dies könne nicht von allen Behörden in Österreich gesagt werden und sei zweifellos eine Folge von höheren Leistungen der städtischen Bediensteten und gelungenen Rationalisierungsmaßnahmen. Sehr vorteilhaft sei auch die Einstellung von Bürolehrlingen, die es noch bei keiner anderen Stelle der öffentlichen Verwaltung gibt.

Weniger erfolgreich sei die städtische Personalpolitik bei den Technikern, den Sozialberufen, den Verkehrsbetrieben und dem Pflegepersonal der Spitäler. 1965 wurden **erstmalig** größere Anstrengungen in der Personalwerbung unternommen. Obwohl die Gestaltung der Zeitungsannoncen im Lauf des Jahres besser wurde,

sei diese Form der Werbung allein nicht ausreichend. Die Idee des Werbebusses der Verkehrsbetriebe ist ausgezeichnet. Man müßte auch ein ähnliches Werbeteam für Sozialberufe zusammensstellen, das die Schulen besucht und auch mit den Eltern spricht.

Den Fotos in dem Werbebus konnte man entnehmen, daß die Unterbringung der neu geworbenen Kräfte von auswärts in großen Schlafräumen mit Stockbetten erfolgen soll. Da die Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe ganz verschiedene Dienstzeiten haben, werde dies auf die Dauer kaum zumutbar sein.

Auf dem Spitalssektor habe sich die Situation weiter verschärft. Im Sommer gab es 3.000 gesperrte Betten und das "Volksblatt" schreibt jetzt auch von einem "Betten-Winter", da noch immer 1.268 Betten gesperrt seien, weil 500 Krankenschwestern fehlen. Dabei ist mit einer Verminderung der Zahl der Ordensschwestern zu rechnen. Außerdem verlassen jährlich 250 Schwestern die Gemeindespitäler, größtenteils wohl aus familiären Gründen, manche aber auch, weil sie anderswo bessere Arbeitsbedingungen finden. Das bedinge für das verbleibende Personal eine ungeheure Mehrbelastung. Die unbezahlte Mehrarbeit zeige sich sogar in den Zahlen des Rechnungsschlusses 1964: Trotz Lohnerhöhung von vier Prozent ab 1. August blieben von dem veranschlagten Personalaufwand insgesamt 14 Millionen übrig, auch wenn man die an private Firmen gezahlten Reinigungskosten abzieht.

Geleistete Überstunden werden aber nur bis zur 51. Wochenstunde bezahlt. Ein Antrag der FPÖ, auch darüber hinausgehende Stunden zu bezahlen, sei im Ausschuß steckengeblieben, angeblich deshalb, weil die Zustimmung des Spitalserhalter-Verbandes nicht zu erlangen war. Es zeige sich darinnen, daß die Sozialberufe noch keine entsprechende Wertung genießen und man zuviel mit dem Idealismus der Bediensteten rechne.

Große Werbekraft sei von den Schwestern-Garconnieren und von der Realisierung einer modernen und zweckmäßigen Schwesterntracht zu erwarten. Aber auch auf dem Gehaltssektor müsse etwas geschehen. Der Unterschied zwischen diplomierten und undiplomierten Kräften sollte mehr als Brutto 200 Schilling betragen. Überhaupt wäre ein eigenes Gehaltsschema für Sozialberufe nötig. Der Einwand, daß dem die Notwendigkeit einer einheitlichen Gehaltspolitik in ganz Österreich entgegenstehe, sei nicht stichhältig, weil diese

./.

gar nicht einheitlich sei. Die Sozialversicherungsträger hätten beispielsweise ein eigenes Schema, besser als das übliche, und mit voller Überstundenentlohnung.

Die Sozialversicherungsträger ersparen sich auch die Kosten für eigene Schwesternschulen und viele ihrer Schwestern werden in städtischen Krankenpflegeschulen ausgebildet.

Erwägenswert sei auch der Vorschlag von Prorektor Fellingner, die Krankenpflegeschulen aufzustocken, sie mit einer Fachmatura beenden zu lassen und dadurch eine B-Entlohnung der Absolventen zu ermöglichen.

Die begrüßenswerten Aktionen des Jugendbetreuungsbüros sollten auch auf die übrigen städtischen Bediensteten ausgedehnt werden. Die Privatwirtschaft erbringe nämlich weit mehr freiwillige Leistungen. Bei Großbetrieben sei beispielsweise die Betriebsküche eine Selbstverständlichkeit, wie sie etwa in der neuen Hauptanstalt der Zentralsparkasse oder auch in der Niederösterreichischen Landesregierung eingeführt sei.

Auch im Rathausviertel sollte eine Betriebsküche geschaffen werden. Die Gemeinde Wien hat schließlich für andere Gaststätten wie jetzt erst wieder für den Rathauskeller genug Geld gegeben.

Bei den Gehaltsvorschüssen ist erfreulicherweise die Nachfrage stark rückläufig. Der Redner regt deshalb an, auf die Zinsenzahlung dann zu verzichten, wenn solche Vorschüsse der Wohnraumbeschaffung dienen.

Zur Besetzung der Primariatsposten lehnt der Redner das Eindringen der Parteibuchwirtschaft auf dem Gesundheitssektor entschieden ab.

Im übrigen erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) beschäftigt sich mit dem Mangel an geschulten Sozialarbeitern. Die Sprengel in den Bezirksämtern werden immer größer, die Fürsorgerinnen müssen bis an die Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit arbeiten. Es ist bedauerlich, daß bei den neuen Lehrplänen der Frauenoberschulen der Unterrichtsgegenstand Fürsorge verschwunden ist.

Auch bei den Kindertagesheimen haben wir großen Personal-mangel. Man sollte mehr Möglichkeiten einer echten Freizeitbeschäftigung schaffen, weil hier noch ein Reservoir an Arbeitskräften steckt.

Bei der Gemeinde sind auch die Aufstiegsmöglichkeiten im akademisch-technischen Dienst geringer. Im Bundesdienst gibt es hier bessere Chancen.

Die Rednerin erneuert den Wunsch, die Abteilungsleiterposten öffentlich auszuschreiben.

Zur Besetzung der Primariate äußert auch GR. Dr. Hubinek den Verdacht, daß manchmal nicht die sachliche Qualifikation ausschlaggebend sei. Für die ÖVP ist der Vorschlag des Landessanitätsrates maßgebend. Allein dieses Gremium ist dazu befähigt, die Auswahl der Ärzte zu treffen. Die Rednerin appelliert deshalb an den Landessanitätsrat, sich in seinen Entscheidungen nicht durch parteipolitische Erwägungen verwirren zu lassen.

GR. Hahn (ÖVP) erinnert daran, daß es in den ersten Nachkriegsjahren vieler Beziehungen und in den meisten Fällen auch eines bestimmten Parteibuches bedurfte, um in den Gemeindedienst aufgenommen zu werden. Damals galt es noch als besondere Auszeichnung, in den Verwaltungsdienst zu kommen. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die Vollbeschäftigung hat jedoch die Lage grundsätzlich geändert. Der rasante Wirtschaftsaufschwung hat die Rathausmehrheit anscheinend überrascht. Man hätte sich schon vor Jahren intensiver mit dem Nachwuchsproblem beschäftigen müssen. In den vergangenen zwei Jahren hat man 500 Lehrlinge aufgenommen. Es erscheint wichtig, daß man ihnen die positiven Seiten des Beamtentums zeigt und daß sie möglichst viel lernen. Man wird allerdings auch, wenn man die jungen Arbeitskräfte behalten will, das Gehaltsschema neu konstruieren müssen.

Das Gehaltssystem des öffentlichen Dienstes muß geändert werden, um zu vermeiden, daß sich nur minderqualifizierte Bewerber melden. Derzeit ist es so, daß die Anfangsgehälter in der Privatwirtschaft höher sind als im öffentlichen Dienst. Die Endbezüge allerdings sind im öffentlichen Dienst meistens besser als in der Privatwirtschaft. Es gibt mehrere Vorschläge darüber, wie das Gehaltsschema nach neuen Richtlinien aufgestellt werden könnte. Solche Vorschläge werden einmal realisiert werden müssen.

Einen Schritt zum echten Leistungslohn hat die Gemeinde Wien bereits durch die Schaffung von Ausgleichszulagen bei der Verwendung auf höheren Dienstposten geschaffen. Allerdings werden hier zwei Probleme aufgeworfen. Auf Grund der neuen Regelung können keine Blitzkarrieren mehr gemacht werden. In Zukunft wird für übergangene dienstältere Kollegen auch der Trost wegfallen, daß ein Vorgesetzter unter Umständen weniger Gehalt bekommt.

In diesem Zusammenhang erinnert der Redner an zwei alte ÖVP-Anträge. Der eine verlangt die Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung, der zweite, der gleichfalls bisher noch nicht behandelt wurde, fordert, daß alle Dienstposten, die nicht durch Richtlinienbeförderung erreicht werden können, ausgeschrieben werden sollen. Zu letzterem Antrag verweist der Redner auch auf einen diesbezüglichen Punkt im SPÖ-Programm. Als weiteren ewigen Streitpunkt bezeichnet er sodann die Maschinschreibzulage, die nur gewährt wird, wenn "überwiegend" Maschinschreibarbeiten geleistet werden. Richtig findet hingegen GR. Hahn den Umstand, daß junge Sekretärinnen, die in Stadtratbüros oder bei leitenden Beamten tätig sind, durch Überstundenpauschale für ihre geringen Anfangsgehälter entschädigt werden.

Im folgenden befaßt sich der Redner mit dem Problem der Zulagen und meint, daß auf diesem Gebiet die Gehaltsverrechnung zur Wissenschaft wird. So berechtigt manche Zulagen sind, müssen doch andere wieder als etwas eigenartig bezeichnet werden. So zum Beispiel die Mitfahrerzulage von 25 Groschen pro Fahrstunde. Andererseits aber ist es gleichfalls recht eigenartig, daß die Wiener Rettungsfahrer und die Fahrer des Krankenbeförderungsdienstes erst seit 25. November dieses Jahres eine mit 111 Schilling pauschalierte Zulage bekommen, die andere vor ihnen schon längst erhalten haben. (Zwischenruf von Berichterstatter Stadtrat Bock: Die Rettungsfahrer haben ja auch eine Abgeltung bekommen!)

Sodann kritisiert GR. Hahn die Tatsache, daß Bedienstete in manchen Gruppen nur zwei Jahre, in anderen Gruppen aber 15 Jahre warten müssen, bis sie in die nächste Verwendungsgruppe kommen.

Besonders kraß zeigt sich das bei der Einstufung der Spitalköche. Hier ist nämlich der Lehrbrief oder eine 15jährige zufriedenstellende Tätigkeit im Küchendienst erforderlich. Es wäre sicherlich angebracht, auf diesem Gebiet eine bessere Qualifizierung vorzunehmen. Abschließend stellt der Redner die Frage, wann die nächste, die 26. Novelle zur Dienst- und Besoldungsordnung behandelt wird, und teilt mit, daß seine Fraktion den Ansätzen in der Geschäftsgruppe I zustimmen wird.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) antwortet auf den Vorwurf der Gemeinderätin Dr. Hubinek, bei der Ernennung eines Leiters wären zwei Professoren und fünf Dozenten übergangen worden und ein nicht habilitierter Arzt mit der geringsten Erfahrung habe die Stellung bekommen, wobei wahrscheinlich die Verwandtschaft maßgebend gewesen sei. Ich möchte betonen, führt der Redner aus, daß der ausgewählte Arzt im Vorschlag des Landessanitätsrates enthalten war.

Wenn der Vorwurf erhoben wird, daß ein parteipolitischer Gesichtspunkt maßgebend gewesen sei, trifft das in einem Punkt zu. Dieser Arzt ist in einer sozialistischen Familie aufgewachsen, was wahrscheinlich auf seine Erziehung eingewirkt hat. Als er als Spitalsarzt in den Dienst der Stadt Wien trat, hat er sich im Interesse seiner Kollegenschaft betätigt. Er ist in seinem Spital freigewählter Funktionär gewesen und dadurch recht häufig in Konflikte mit der Spitalsdirektion und mit seinem Abteilungsvorstand geraten. Dieser "nicht qualifizierte," nach den Erfahrungen deutlich minder qualifizierte" Mann hat, eingespannt in den schweren Dienst eines Spitalsarztes, über zwanzig wissenschaftliche Arbeiten verfasst. Ich habe ihn auch in der Gesellschaft der Ärzte gehört, wo er ohne Manuskript gesprochen hat. Am Ende des Vortrages hat ein Universitätsprofessor gesagt: "Das war einer der besten Vorträge, die wir in diesem Jahr in der Gesellschaft hatten." (GR. Dr. Marga Hubinek: Warum hat er sich nicht habilitiert?) Es ist sehr schwer für diejenigen, die nicht den Betrieb des akademischen Lebens kennen, zu verstehen, warum jemand, der nicht an einer Universitätsklinik ist, es so schwer hat, Dozent oder Professor zu werden. Die Vorschläge werden von den Chefs der Klinik gemacht, und die haben ihre eigenen Leute im allgemeinen Interesse unterzubringen. ./.

Der Klinikchef hat den akademischen Unterricht zu führen und dazu braucht er gute Leute. Diejenigen Ärzte, die sich zum Dienst an der Klinik bereitfinden und die der betreffende Kollege für seinen Unterricht braucht, werden, wenn sie sich wissenschaftlich qualifizieren können, viel leichter den Titel des Dozenten erreichen können. Als der betreffende Arzt nach dem Krieg nach einem längeren Studienaufenthalt in Amerika zurückkam, hat er mit meiner Unterstützung die erste Ferienaktion für zuckerkrankte Kinder gestartet. Heute, nach zwölf Jahren, sind diese Aktionen schon selbstverständlich.

Ich billige den Diskussionsrednern das Recht zu, sich Gedanken darüber zu machen, ob die gesundheitliche Betreuung der Wiener Bevölkerung optimal ist. Ich nehme aber auch das Recht in Anspruch, daß sich ein Gemeinderat für alle diese Ärzte in unseren Spitälern einsetzt, die auch die Chance haben wollen, einmal eine leitende Stelle zu bekommen.

GR. Schiller (SPÖ) führt aus, der Mangel an Arbeitskräften sei nicht nur in der Gemeinde Wien zu bemerken, sondern auch in der Privatwirtschaft spürbar. In den Diskussionen des Gemeinderates im Jahr 1934 zog sich auch eine Sorge durch alle Reden, nämlich die unerhörte Arbeitslosigkeit. Wir dürfen uns heute glücklich schätzen, Diskussionen über den Mangel an Arbeitskräften zu führen, und nicht mehr über das Gegenteil, wie wir das in jenen verheerenden Jahren erlebt haben.

Das Problem des Personalmangels wird auf keinen Fall durch das Abwerben von Arbeitskräften aus anderen Bereichen zu lösen sein. Eine Lösung wird nur gefunden werden können, wenn es gelingt, zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, beziehungsweise durch Rationalisierung freizustellen. Wir leben in einer Periode der Entwicklung, in der die ganze Sozialstruktur unserer Bevölkerung in einen Umbruch begriffen ist. Das Ansteigen der Zahl der Angestellten und das Absinken der Zahl der manuell Tätigen ist darauf zurückzuführen, daß sich die gesamte Wirtschaft in einer revolutionären Entwicklung befindet. Der technische Fortschritt und die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse führt dazu, daß Angestellte weit mehr gefragt sind und daß die manuell tätigen Berufe zurückgedrängt werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

10. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:  
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-  
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo,  
inländischer Kohl 3 bis 6 S je Kilo, inländisches Weißkraut  
2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4.50 bis 7 S je  
Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, Orangen  
sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S  
je Kilo.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wir dürfen mit Recht darauf stolz sein, daß wir heute die Pensionsbestimmungen des öffentlichen Dienstes an die Bestimmungen des weit jüngeren ASVG angleichen müssen. Durch mehr als ein Jahrhundert war es ein Vorrecht des öffentlichen Dienstes, Pensionsbestimmungen zu haben. Dank der Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei ist es gelungen, diese Bestimmungen auf die gesamten Werktätigen auszudehnen. Es liegt in der Natur der Entwicklung, daß die eine Gruppe vorprellt und die andere dann nachzuziehen hat.

Es wurde davon gesprochen, daß die Zahl der Witwenpensionen bei den Stadtwerken <sup>perzentuell</sup> höher ist, als in der allgemeinen Verwaltung. Der Redner regt an zu untersuchen, woran es liegen mag, daß die Bediensteten der Stadtwerke im Durchschnitt früher sterben, als jene Mitarbeiter, die in der allgemeinen Verwaltung tätig sind. An manueller Arbeit allein kann es nicht liegen, da es heute auch bei den Stadtwerken schon viele technische Einrichtungen gibt, die die Arbeit erleichtern.

Zur Frage der Lohnbewegungen und des nicht im Budget vorhandenen Ansatzes für eine kommende Abgeltung der Teuerung für unsere Bediensteten: Bei allen Verhandlungen seit zwanzig Jahren haben die Forderungen der Gewerkschaft bei der Verwaltung immer ein offenes Ohr gefunden und hunderte Fragen konnten einvernehmlich gelöst werden. Man hatte bei der Gemeinde Wien noch niemals das Argument als Antwort auf eine Forderung gehört, daß das nötige Geld nicht vorhanden sei.

Viel zuwenig beachtet man die Tatsache, daß die Gemeinde Wien seit mehr als einem Jahrzehnt trotz immer neuer Aufgaben zahlenmäßig den selben Personalstand hat. Man muß diese hohe Leistung der Bediensteten anerkennen und ihnen nicht nur im Namen des Gemeinderates, sondern auch im Namen der gesamten Bevölkerung danken. (Allgemeiner Beifall).

Zur Frage der Zulagen: Gegenwärtig werden Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Stadtverwaltung über die Einbeziehung gewisser Zulagen in die Pensionen geführt. Teilerfolge wurden auf diesem Gebiet schon erzielt. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen im kommenden Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Bei Betrachtung der Budgetzahlen sieht man, daß die Nebenbezüge genau 20 Prozent der Hauptbezüge ausmachen. Das heißt, daß im Durchschnitt die schemamäßigen Bezüge um 20 Prozent höher sind. Das heißt natürlich nicht, daß es beim einzelnen Bediensteten genau 20 Prozent ausmacht. Tatsache ist, daß dieses Zulagensystem kompliziert ist und daß sich die Gewerkschaft gemeinsam mit der Verwaltung bemüht, hier eine gute Lösung zu finden. Kaum gelöst wäre die Frage jedoch, wenn man alle Nebengebühren in die Bezüge einrechnen würden, da im selben Augenblick verschiedene Gruppen neuerlich Zulagen verlangen würden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir so viele unterschiedliche Kategorien, mit verschiedenster Schulbildung, viele Beruferschwernisse und ähnliches haben. Es wird daher kein Gehaltssystem, wie immer es aussehen mag, ohne Zulagen auskommen.

Stadtrat Bock stellt im Schlußwort mit Freude fest, daß sich die Diskussionsredner in ihren Ausführungen sachlich mit der Geschäftsgruppe I befaßt und sachliche Kritik geübt haben. Verschiedene Schwierigkeiten und Probleme wurden aufgezeigt, um deren Lösung man sich bemühen werde. Die Sachlichkeit in den Ausführungen ist vielleicht darin begründet, daß nur Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses Stellung genommen haben.

Nicht richtig ist es, daß der Personalstand an diplomierten Schwestern um 500 Bedienstete zu gering ist. Tatsächlich fehlen 300 Schwestern, in dieser Zahl sind aber 130 Karenzurlaube enthalten. Außerdem darf man nicht vergessen, daß derzeit die Diplomfeiern stattfinden und wir dadurch bald neue Schwestern bekommen werden. Der Rückgang in der Schwesternzahl zeigt sich nicht nur bei den weltlichen Schwestern, sondern in noch stärkerem Maß bei den geistlichen. 1949 hatten wir in unseren Anstalten einen Stand an weltlichen Schwestern von 4.291, 1964 von 5.299.

./.

Geistliche Schwestern arbeiteten 1949 1306 in unseren Spitälern, 1964 nur mehr 765. Wir sehen also, daß gerade der starke Abfall an geistlichen Schwestern viel zum Personalmangel auf diesem Sektor beiträgt. Das Interesse der Jugend an sozialen Berufen ist nicht so gering, wie man annimmt. Leider werden junge Menschen oft von ihren Eltern abgehalten, einen Sozialberuf zu ergreifen. Vielleicht wollen viele Eltern trachten, ihr Kind so früh als möglich in den Arbeitsprozeß einzugliedern und die Familie finanziell dadurch zu entlasten. Vielleicht könnte hier ein Weg gefunden werden, diese finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen und den Eintritt in unsere Vorschulen und Schwesternschulen dadurch zu erleichtern.

Über die Einrechnung von Zulagen in die Pension hat Gemeinderat Schiller bereits gesprochen. Hier gibt es viele Schwierigkeiten, denn zum Beispiel eine Gefahrenzulage, Überstundenvergütung oder eine Nachtdienstzulage kann nicht in einem Gehaltsgesetz verankert sein. Man ist aber trotzdem bereits dabei, hier eine gute Lösung zu finden. Selbstverständlich kann die Stadt Wien nicht allein diesen Weg beschreiten, sie muß auch die Wünsche der spitalerhaltenden Verbände und der anderen Gemeinden und Länder berücksichtigen.

Es wurde darauf verwiesen, daß die Krankenkassen den Schwestern mehr zahlen, als die Gemeinde Wien. Die Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und führen selbst keine Schwesternschulen. Würden wir die Bezüge unserer Schwestern den dortigen anpassen, würden die Krankenkassen die Gehälter abermals erhöhen. Es wäre also ein Lizitieren ins Unendliche.

Die Schwesternausbildung ist bundesgesetzlich geregelt und Verbesserungen wären auf dieser Ebene durchzuführen. Unsere Vorschulen sind sehr gut besucht, was für die Zukunft zu Hoffnungen berechtigt.

Als ich vor zwei Jahren Personalreferent wurde, habe ich einen Unterstand von 400 Bediensteten übernommen, der mittlerweile auf 60 gesunken ist. Das muß immerhin als Erfolg gewertet werden.

(Beifall aller Fraktionen). Das Schlüsselproblem ist die Gewinnung der Jugend, die auf lange Sicht den Personalmangel des öffentlichen Dienstes beseitigen könnte. Momentane Erfolge würde auch ein Kommission zur Sicherung von Arbeitskräften nicht erringen.

Zur Frage, ob man bei der Personalwerbung die Gehaltsätze angeben soll, verweise ich auf ein Beispiel aus der Kampagne des Werbebusses im Burgenland. Es meldete sich da als Interessent ein Autobuschauffeur einer privaten Linie, fügte aber gleich hinzu, er verdiene sehr viel. Es stellte sich heraus, daß er samt Zulagen 4.000 Schilling bekommt. Der Fachbeamte der Verkehrsbetriebe rechnete ihm aus, daß er für die selbe Arbeitszeit bei der Stadt Wien 6.000 Schilling erhielte, worauf er sich sofort verpflichtete. Dies zeigt, daß in der Öffentlichkeit ganz falsche Vorstellungen über die Höhe der städtischen Bezüge herrschen. Die Gehaltstangente weist 1966 übrigens seit langer Zeit wieder eine steigende Tendenz auf.

Derzeit laufen Gehaltsverhandlungen und die Stadt Wien wird nicht zögern, ihren Resultaten zu entsprechen. Voraussichtlich im Jänner wird bereits über ein neues Pensionsgesetz verhandelt werden, dessen Entwurf bereits der Gewerkschaft überreicht wurde.

Es sei zugegeben, daß bei den Zulagen Unebenheiten bestehen, die im Laufe der Zeit jedoch ausgeglichen werden sollen.

GR. Dr. Hirnschall hat gesagt, daß im Budget 1966 nichts für Gehaltserhöhungen vorgesehen sei. Er hat es aber ohne Sorge gesagt, und die diesbezügliche Zuversicht ist allgemein, denn man weiß, daß die Stadt Wien eine Rücklagenpolitik betreibt und daher jederzeit in der Lage ist, unerwartete oder erwartete Entwicklungen auf dem Lohnsektor aufzufangen, ohne eine Finanzkrise heraufzubeschwören.

Zum Vergleich mit der Privatwirtschaft: Es ist richtig, daß man dort schneller höhere Einkommen erreicht, die Schwierigkeit ist nur, einen Weg zu finden, um die länger im Dienst Stehenden nicht zu benachteiligen. Wenn dieser Weg gefunden wird, können diesbezügliche Verbesserungen jederzeit durchgeführt werden.

Freilich hat die Pragmatisierung heute nicht mehr jene Bedeutung wie früher. Ich erhalte jedoch zahlreiche Briefe von 50jährigen und Älteren, die in der Privatwirtschaft nicht mehr unterkommen. Diese Briefe zeigen, daß die Pragmatisierung für die älteren Jahrgänge von großer Bedeutung ist.

Ein Werbeteam für Sozialberufe, wie es GR. Dr. Hirschall anregt, habe ich selber schon vorgeschlagen. In den nächsten Tagen wird übrigens ein Fernseh-Werbefilm von 20 Minuten gezeigt, der in der Sendung der Berufsberatung "Was soll ich werden?" für den Schwesternberuf werben soll.

Die Schlafräume und Stockbetten für die neuangeworbenen Kräfte von auswärts gefallen auch mir nicht. Sie gehören jedoch zu den Anfangsschwierigkeiten und werden sobald als möglich durch etwas Besseres abgelöst werden.

Es stimmt nicht, daß die Schwestern kein Entgelt für geleistete Überstunden erhalten. Sie bekommen eine gestaffelte Mehrstunden-Pauschalierung bis 51 Stunden und alle darüber geleisteten Stunden werden im Wege des Zeitausgleiches abgegolten.

Zur Frage der Besetzungen von Primariaten: GR. Dr. Gisel hat zum besonderen Fall bereits Stellung genommen. Grundsätzlich soll jedoch festgestellt werden, daß wir eine Besetzung von Stellen nach der Parteizugehörigkeit absolut ablehnen. Das muß jedoch für alle Parteibücher gelten und nicht nur für rote. In der ÖVP schreit man aber nur auf, wenn einmal ein Sozialist eine Stelle erhält!

Man muß einmal grundsätzlich darüber diskutieren, ob wirklich immer der primo loco-Gerechte drankommen muß. Der Dreiervorschlag nennt ja drei fachlich qualifizierte Kräfte. Bei einem Primariat kommt es nicht nur auf die fachliche Qualifikation, sondern auch auf die Gabe der Menschenführung und das Organisationstalent an. Wir kennen Beispiele von Primariaten, aus denen die Schwestern davonlaufen, weil ein schlechtes Betriebsklima herrscht. Ich könnte auch einen Fall nennen, wo der primo loco-Gerechte die Stelle bekommen hat, obwohl ich darüber nicht sehr glücklich war, und jetzt kommen die Beschwerden!

Ich bitte, mir zu glauben, daß in jedem Fall nicht parteipolitische, sondern sachliche Überlegungen maßgeblich sind. Man muß übrigens auch Spitalsärzten die Chance geben, verantwortungsvolle Stellen zu erhalten und nicht nur den Ärzten von den Universitätskliniken. Beispielsweise kommt auch Professor Antoine, den wir kürzlich geehrt haben, aus einem städtischen Spital.

Wenn ein Bewerber der ÖVP nahesteht, dann wird er immer als der Fachmann und Experte hingestellt. Aber wenn einmal ein qualifizierter Fachmann, der Sozialist ist, eine Stelle bekommt, dann wird gleich von Parteibüchlerwirtschaft geschrien. Es muß deshalb mit der falschen öffentlichen Meinung aufgeräumt werden, daß der Personalsektor nach parteipolitischen Gesichtspunkten verwaltet werde. Die Ursache dieser Meinung, die auch in der jüngsten "Spiegel"-Diskussion zum Ausdruck kam, geht auf eine längst vergangene Zeit zurück: 1945 brauchte man noch ein Unbedenklichkeitszeugnis einer politischen Partei, um eine Stelle zu erhalten. Diese Übergangszeit ist jetzt vorbei. Heute herrscht Vollbeschäftigung, die der beste Schutz gegen parteipolitische Mißbräuche in der Personalpolitik ist. Diese Vollbeschäftigung gilt es auch darum zu erhalten.

Was die Einsichtsmöglichkeit in die Dienstbeschreibung betrifft, mache ich es immer wieder allen Vorgesetzten zur Pflicht, erst mit den Bediensteten persönlich zu reden, bevor sie eine Eintragung vornehmen. Daß es diesbezüglich kaum Unstimmigkeiten gibt, zeigt auch die Tatsache, daß die Beschreibungskommission jährlich höchstens einen Fall und oft nicht einmal das zu bearbeiten hat. Was die Postenausschreibung anlangt, versicherte der Referent, daß diese im "Programm für Österreich" erhobene Forderung durchaus ernst genommen wird. Ein Zusatz wird freilich notwendig sein: "Sofern nicht dienstrechtlich erworbene Rechte verletzt werden, bzw. daß sie gewahrt bleiben!"

Daß die Rettungsfahrer die Zulage als letzte bekommen haben: die Rettungsfahrer waren nämlich schon den anderen voraus.

Erst später haben wir eine Zulage für die anderen Fahrer gemacht und nun waren wieder die Rettungsfahrer zurück, so daß sie nachgezogen worden sind. Was da ungerecht sein soll verstehe ich nicht.

Abschließend dankte Stadtrat Bock allen herzlich für die sachliche Art der Diskussion. Diese gibt uns die Berechtigung zu sagen, wenn wir uns sachlich den Problemen des Personals widmen, dann werden wir diese Probleme auch lösen können.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP werden einstimmig zur Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Helene Potetz unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Samstag, den 11. Dezember, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Mandl.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Eine "Wolfsschanzengasse" in Floridsdorf  
=====

10. Dezember (RK) Einen Beschluß des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates zufolge erhält jener Teil der Haid-schüttgasse im 21. Bezirk, der von der Floridsdorfer Haupt-straße zur Grabmayergasse führt, den Namen "Wolfsschanzen-gasse".

Damit soll an eine alte Festungsanlage erinnert werden, die einst in diesem Gebiet lag.

Die Umbenennung war deshalb notwendig geworden, weil die Haid-schüttgasse in zwei Teile getrennt worden ist. Der fehlende Zusammenhang bei gleicher Bezeichnung erschwerte die Orientie-rungsmöglichkeit.

- - -

Eine halbe Million für Wiener Sportvereine  
=====

10. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinde-rates hat 529.000 Schilling aus dem Sportfonds für Sportorga-nisationen Wiens genehmigt: 14 Vereinigungen erhalten 341.800 Schilling für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen, 19 weitere bekommen 87.200 Schilling für den Ankauf von Sport-geräten und die Durchführung des Trainingsbetriebes, der ASKÖ Wien, die Union Wien, der ASVÖ Wien und der Wiener Fuß-ballverband erhalten je 25.000 Schilling für Ausbildungslehr-gänge, Organisation, Sportpropaganda und ähnliches.

- - -